



Presseinformation

Nr. 251 / 2014

Kiel, Mittwoch, 4. Juni 2014

Umwelt / Fracking

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Oliver Kumbartzky: Die Herren Albig und Stegner müssen ihren bundespolitischen Einfluss beim Kampf gegen Fracking geltend machen

Zu den geplanten Regelungen zum Fracking erklärt der umweltpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Oliver Kumbartzky**:

„Nach erheblichem Druck aus den Ländern scheint sich die Bundesregierung endlich zu bewegen und Regeln für das Gas-Fracking in Deutschland auf den Weg zu bringen. Es ist zu begrüßen, dass anscheinend auch der Bundeswirtschaftsminister endlich verstanden hat, dass wir dringend eine verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfung für alle bergbaulichen Vorhaben benötigen.

Erschreckend ist aber, dass es immer noch nicht klar ist, ob das Fracking mit Hilfe von umwelttoxischen Substanzen verboten wird oder nicht. Wir fordern daher Ministerpräsident Torsten Albig und den Sechsten Stellvertretenden SPD-Bundesvorsitzenden Dr. Ralf Stegner dazu auf, gegenüber Bundeswirtschaftsminister Gabriel (SPD) die Haltung des Landtages deutlich zu machen. Der Landtag hat sich Ende 2012 einstimmig für ein Verbot von Fracking mit Hilfe umwelttoxischer Substanzen ausgesprochen (Drs. 18/386). Sollten die Herren Albig und Stegner sich bei ihrem Parteifreund Gabriel nicht durchsetzen können, wäre dies ein herber Rückschlag für den Kampf gegen Fracking mit Hilfe von umwelttoxischen Substanzen.“